

Dossier „Ökonomie mit Energie“

Ausgabe 160, 2017

1. Artikel/Grafik: Der steile Absturz einer Boombranche (29.11.2017)

„Zum Auftakt der Europäischen Windenergiekonferenz in Amsterdam, eines der größten Branchentreffs, feierte sich die Branche am Dienstag mit dem opulenten Werbefilm selbst. Doch die Erfolgsgeschichte ist in Gefahr. [...] Der Grund: Von Indien bis in die Vereinigten Staaten werden weltweit die Subventionen für Windenergie gekappt. Statt gesetzlich garantierter Fördergelder müssen sich die Konzerne im Wettbewerb untereinander um die Höhe der Vergütungen streiten. In diesem Auktionssystem bekommt derjenige den Zuschlag, der den geringsten Preis für den Bau eines Windparks bietet. Die Folge: Die Vergütungen stürzen ins Bodenlose. „Wir durchleben turbulente Zeiten. Und es wird noch ein paar Erschütterungen in unserer Branche geben“, sagte Enercon-Chef Kettwig dem Handelsblatt.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Wertschöpfung**“, „**Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft**“ und „**Energiemix der Zukunft**“

1. Stellen Sie die Bedeutung der Windenergie für die Umgestaltung der Energieversorgung in Richtung erneuerbare Energien dar, die in vielen Ländern vorangetrieben wird.
2. Erläutern Sie, welche Rolle ein politisch gestalteter Förderrahmen beim Ausbau der Windenergie bislang gespielt hat und inwiefern sich die Rahmenbedingungen ändern.
3. Erläutern Sie in diesem Zusammenhang mögliche Gründe hierfür. Benennen Sie die mit den Veränderungen verfolgten Zielsetzungen.
4. Analysieren Sie mithilfe des Artikels, welche Folgen sich für die Akteure im Bereich Windenergie ergeben. Geben Sie in diesem Zusammenhang auch wieder, wie die künftigen Entwicklungen in der Branche eingeschätzt werden.
5. Erläutern Sie exemplarisch am vorliegenden Beispiel die Interdependenz der Handlungen der Akteure im Politik- und Wirtschaftsgeschehen.

2. Meinung: Öl: Anker der Stabilität (29.11.2017)**3. Artikel: Rohstoffe: Ölkartell steht vor weiterer Förderkürzung (29.11.2017)****4. Artikel: Opec: Zwischen Hoffen und Drosseln (01.12.2017)****5. Meinung: Das planlose Ölkartell (04.12.2017)****6. Artikel: Bulle & Bär: Steigender Ölpreis als Kostenfaktor (13.12.2017)**

„Der Optimismus der Branche hat einen guten Grund. Seit der Baisse haben sich die Preise verdoppelt. Der Ölpreis hat wieder ein Preisniveau wie damals im Jahr 2014 erreicht. Das Gute: Die Aussichten bleiben stabil. Hinter verschlossenen Türen feilt die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) zusammen mit Nicht-Opec-Ländern unter Führung Russlands an einer Verlängerung der bisherigen Förderungskürzung um mindestens ein weiteres halbes Jahr. Am Donnerstag werden die Ölminister in Wien ihre weitere Politik besiegeln. Die Opec erweist sich nach volatilen Jahren nun als Anker der Stabilität. Doch das Ölkartell in Wien hat längst nicht mehr die Kraft, den globalen Ölpreis im Alleingang zu bestimmen. Die Opec ist auf Russland angewiesen. Bislang hat Moskau eine kluge und maßvolle Politik betrieben. Das tut nicht nur dem auf Energieexporte angewiesenen Staatshaushalt gut, sondern der gesamten Ölbranche. Die Kurse der Ölmultis sprechen Bände.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Angebot/Nachfrage/Preisbildung**“ und „**Perspektiven der Weltenergieversorgung**“

- 1. Beschreiben Sie, wie sich der Preis für Rohöl in den letzten Jahren entwickelt hat und welche Entwicklung kurz- bis mittelfristig erwartet wird.*
- 2. Stellen Sie die aktuell wichtigsten Einflussfaktoren auf die Preisbildung dar. Erschließen Sie sich in diesem Zusammenhang Stellung, Zusammensetzung und Zielsetzungen der Organisation erdölexportierender Staaten (Opec).*
- 3. Erläutern Sie die letzten Maßnahmen der Opec und weiterer Staaten zur Stützung des Ölpreises. Analysieren Sie deren Wirkungen und überprüfen Sie, welchen Einfluss die Opec auf den Ölmarkt hat.*
- 4. Erörtern Sie, inwiefern die Entwicklung des Ölpreises von politischen Geschehnissen abhängt.*
- 5. Analysieren Sie, wer von der derzeitigen Preisentwicklung profitiert und wer eher Nachteile zu tragen hat.*

7. Artikel/Grafik: Elektromobilität: Starkstrom für die Autobahn (01.12.2017)

8. Meinung: Elektromobilität: Intelligente Kooperation (01.12.2017)

„Seit Jahren wird in Deutschland über die Einführung von Elektroautos diskutiert. Doch bislang hatte die deutsche Autoindustrie weder attraktive Modelle, noch fanden sich genug Investoren für die notwendige Ladeinfrastruktur. Beides ändert sich nun. Mit einer Modelloffensive wollen die Deutschen den Rückstand auf den Tesla aufholen. In gleichem Tempo soll das Schnellladenetz entlang der deutschen Autobahnen Gestalt annehmen.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Wertschöpfung**“, „**Energiepolitik**“, „**Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft**“ und „**Energiemix der Zukunft**“

1. *Beschreiben Sie, welche Bedeutung der Elektromobilität für die Zukunft zugeschrieben wird und erläutern Sie mögliche Gründe dafür.*
2. *Stellen Sie dar, warum der Ausbau von Ladestationen für die Verbreitung der Elektromobilität zwingend notwendig ist und erläutern Sie, welche Herausforderungen damit verbunden sind. Erklären Sie in diesem Zusammenhang auch den Begriff der „Infrastruktur“.*
3. *Analysieren Sie mithilfe des Artikels, welche Maßnahmen von Wirtschaft und Politik bislang ergriffen wurden, um den Ausbau von Ladestationen voranzutreiben. Erläutern Sie damit verbundenen Motive.*
4. *Diskutieren Sie, ob die beschriebenen Maßnahmen zum Ausbau der Ladestationen Ihrer Ansicht nach ausreichend Anreize für deutsche Autofahrer bieten, auf elektrisch betriebene Fahrzeuge umzusteigen. Begründen Sie Ihre Einschätzungen.*

9. Artikel: Markttransparenzstelle für Kraftstoffe: Ungewöhnliche Allianzen (04.12.2017)

„Seit Dezember 2013 sind Tankstellenbetreiber verpflichtet, ihre aktuellen Preise an eine „Markttransparenzstelle für Kraftstoffe“ zu melden. Über diese können sich Verbraucher informieren, wo sie am billigsten tanken können. Das funktioniert gut, stellt der Wegbereiter dieser Einrichtung, Justus Haucap, nun in einer Evaluierungsstudie fest. Er hat seinerzeit als Vorsitzender der Monopolkommission die Blaupause für die Markttransparenzstelle geliefert. [...] Die kleinen Konkurrenten der marktbeherrschenden Anbieter sehen das offenbar anders, ebenso wie Ralf Dewenter von der Universität Hamburg. Der Industrieökonom kommt zu dem Verdikt „Meiner Einschätzung nach hat die Markttransparenzstelle den Wettbewerb nicht verstärkt.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Angebot/Nachfrage/Preisbildung“**, **„Wettbewerbsstrukturn“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Beschreiben Sie Aufgabe und Funktion der Markttransparenzstelle für Kraftstoffe.*
2. *Ermitteln Sie die Hintergründe, die zur Einrichtung der Markttransparenzstelle geführt haben und stellen Sie in diesem Zusammenhang die Aufgabe der Bundeskartellbehörde dar.*
3. *Erörtern Sie die grundlegenden Aufgaben und Funktionen des Staates in einer marktwirtschaftlichen Ordnung hinsichtlich der Sicherung der Wettbewerbsstrukturen.*
4. *Analysieren Sie mithilfe des Artikels, wie sich das Verhalten der Verbraucher und Tankstellenbetreiber seit Einführung der Markttransparenzstelle entwickelt hat. Vergleichen Sie die Einschätzungen der Experten und arbeiten Sie Gemeinsamkeiten und Unterschiede heraus.*
5. *Erklären Sie, warum die Experten zu unterschiedlichen Einschätzungen kommen. Ermitteln Sie weitere Beispiele für Sachverhalte, die Experten unterschiedlich beurteilen und erläutern Sie diese.*

10. Artikel/Grafik: Kohlefinanzierung: Kohle-Investoren unter Druck (11.12.2017)

„Es war ein großes Versprechen: Nach dem vor zwei Jahren in Paris geschlossenen Weltklimaabkommen wollte auch die Finanzbranche in den Kampf gegen die Erderwärmung einsteigen. Allianz, Axa oder zuletzt HSBC kündigten an, ihre Investments in Unternehmen einzuschränken, die besonders viel des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO₂) ausstoßen. [...] Auch Blackrock ist Teil der Initiative. Der weltgrößte Vermögensverwalter erhebt regelmäßig in der Öffentlichkeit die Stimme für mehr Klimaschutz. Tatsächlich ist Blackrock wie kein zweiter Investor aber bei Unternehmen engagiert, die noch immer neue Kohlekraftwerke bauen oder planen - und hilft damit indirekt mit, das Klimaschutzabkommen zu unterlaufen. Auch viele andere Mitglieder der IIGCC halten noch immer im großen Stil Aktien und Anleihen von Kohlekonzernen, die dem Klimaschutz zum Trotz neue Projekte verfolgen - darunter auch die Allianz. Das geht aus einer aktuellen Analyse hervor, die mehrere internationale Umweltorganisationen in Auftrag gegeben haben, und die dem Handelsblatt exklusiv vorliegt.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Energie und Makroökonomie“** und **„Umweltschutz“**

1. *Erläutern Sie Inhalt und Zielsetzung des „Versprechens“, das eine große Zahl von Unternehmen aus der Finanzbranche im Zusammenhang mit dem vor zwei Jahren abgegebenen Klimaschutzabkommen abgegeben hat.*
2. *Überprüfen Sie, inwieweit dieses von den Branchenvertretern bis dato eingelöst wurde. Nehmen Sie hierbei Bezug auf die im Artikel genannten Studienergebnisse.*
3. *Setzen Sie sich mit den diesbezüglichen Aussagen und Rechtfertigungen der Branchenvertreter kritisch auseinander.*
4. *Arbeiten Sie heraus, warum insbesondere Umweltschützer die Umsetzung der Ankündigungen einfordern. Arbeiten Sie hierzu deren (anzunehmenden) energiewirtschaftlichen Auswirkungen heraus.*
5. *Analysieren Sie die auftretenden Konflikte zwischen ökonomischen und ökologischen Zielsetzungen.*

11. Artikel: Energiekonzern: Innogy senkt die Prognose - und schockt die Anleger (14.12.2017)

„Es war auf den ersten Blick nur eine kleine Korrektur, bei den Anlegern war die Enttäuschung aber riesengroß. Energiekonzern Innogy senkte am frühen Mittwochnachmittag die Prognose für 2017 leicht ab, gab einen verhaltenen Ausblick für 2018 - und schickte damit die Aktie um zwischenzeitlich rund 13 Prozent ins Minus. Im Sog der Innogy-Aktie brach auch der Kurs des Mutterkonzerns RWE, der noch immer 77 Prozent der Aktien hält, um elf Prozent ein. [...] Entscheidend für den Kurssturz dürfte aber der Ausblick für das kommende Jahr gewesen sein, den Innogy parallel abgab: Für 2018 rechnet die RWE-Tochter mit einem weiteren Rückgang um 100 Millionen auf 2,7 Milliarden Euro.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“** und **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**

1. *Erläutern Sie, inwieweit sich die Rahmenbedingungen für die deutschen Energiekonzerne in den vergangenen Jahren verändert haben.*
2. *Erläutern Sie den Hintergrund der Gründung des Unternehmens Innogy. Gehen Sie insbesondere darauf ein, auf welchen Feldern das Unternehmen aktiv ist und in welchem Verhältnis es zum RWE-Konzern steht.*
3. *Erschließen Sie sich mithilfe des Artikels Gründe für die verhaltende Innogy-Geschäftsprognose für das Jahr 2018. Stellen Sie die Reaktion der Börse auf die Prognose dar.*

4. *Erklären Sie am Beispiel der Energieversorgung, inwiefern sich Unternehmen ständig an veränderte Rahmenbedingungen anpassen müssen und beschreiben Sie die damit verbundenen grundlegenden Herausforderungen für Unternehmensführungen.*

12. Artikel: Schiedsgerichtverfahren: Teurer Atomausstieg (15.12.2017)

„Das vom schwedischen Vattenfall-Konzern angestrengte Schiedsgerichtsverfahren wegen des Atomausstiegs könnte sich für die Bundesrepublik zu einem Fass ohne Boden entwickeln. Neuesten Angaben zufolge beläuft sich die Forderung des Unternehmens inklusive Prozesszinsen mittlerweile auf 5,7 Milliarden Euro. Der Betrag übersteigt die Ursprungsforderung um mehr als eine Milliarde Euro. Das geht aus der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervor, die dem Handelsblatt vorliegt.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen „**Energiepolitik**“ und „**Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft**“

1. *Beschreiben Sie den Hintergrund des 2011 zügig vollzogenen Atomausstiegs durch die Bundesregierung. Benennen Sie die hiermit im Wesentlichen verfolgten Zielsetzungen.*
2. *Fassen Sie den Gegenstand der Klage des Vattenfall-Konzerns vor einem internationalen Schiedsgericht zusammen. Erklären Sie in diesem Zusammenhang, was im Wirtschaftsgeschehen grundsätzlich unter dem Begriff der Enteignung verstanden wird.*
3. *Erläutern Sie, inwiefern der schwedische Konzern und die Bundesrepublik Deutschland im Fall des Atomausstiegs unterschiedliche Positionen einnehmen und erörtern Sie die jeweils dahinterstehenden Interessen.*
4. *Diskutieren Sie, wie über die Klage vor dem Schiedsgericht Ihrer Meinung nach entschieden werden könnte bzw. sollte. Begründen Sie Ihre Einschätzungen.*

13. Interview: Henrik Poulsen: „Es war eine riesige strategische Wette“ (15.12.2017)

„Henrik Poulsen ist Chef von Dänemarks größten Öl- und Gaskonzern Dong, der inzwischen auch bei Windenergie auf hoher See global die Nummer eins ist. In Anlehnung an den dänischen Wissenschaftler und Mitbegründer der Elektrizitätslehre, Hans Christian Ørsted, trägt der Energiekonzern mit einem Umsatz von 8,2 Milliarden

Euro und 5 600 Mitarbeiter seit November den Namen Ørsted. Der Ørsted-Chef Poulson spricht im Interview über Subventionen, Fehler bei der Energiewende und den radikalen Wandel seines Konzerns vom dänischen Ölriesen zum Weltmarktführer bei Off-Shore-Windenergie.“

- Verortung v. a. in den Themenbereichen **„Wertschöpfung“**, **„Rahmenbedingungen der Energiewirtschaft“**, **„Perspektiven der Weltenergieversorgung“** und **„Energiesparen“**

1. *Beschreiben Sie knapp die Struktur und Stellung des dänischen Energieunternehmens Ørsted im internationalen energiewirtschaftlichen Geschehen.*
2. *Legen Sie in diesem Zusammenhang auch die Gründe für die Umbenennung des Unternehmens im November 2017 dar. Erläutern Sie die dahinterstehende strategische Neuausrichtung der Unternehmensleitung.*
3. *Erschließen Sie sich, weshalb der Strategiewechsel auch als „riesige Wette“ bezeichnet werden kann. Gehen Sie in diesem Zusammenhang auf die Risiken ein, die die Unternehmensführung mit ihren Maßnahmen eingegangen ist.*
4. *Analysieren Sie vor diesem Hintergrund, inwieweit sich die Rahmenbedingungen für Energieunternehmen in Europa in den vergangenen Jahren verändert haben. Ermitteln Sie weitere Beispiele für vergleichbare Strategieänderungen von Energieversorgern.*
5. *Geben Sie die wesentlichen Prognosen des Ørsted-Vorsitzenden Poulson hinsichtlich der zukünftigen Entwicklung der Energiemärkte wieder.*

Der steile Absturz einer Boombranche

Die Gewinne von Konzernen wie Vestas, Siemens Gamesa und Nordex erodieren. Tausende Stellen stehen bei den Herstellern von Turbinen und Rotorblättern auf der Kippe. Schlimmer noch: Investoren suchen das Weite - denn die Branche ist in einem Teufelskreis gefangen.

Das Auditorium verdunkelt sich. Auf der Leinwand erscheinen strahlende Gesichter, die zu Windrädern auf Wiesen, im Wald und auf hoher See emporblicken. Schwülstige Musik umrahmt die Szenerie. Eine Männerstimme ertönt: „Europa ist global führend in der Windenergieindustrie.“ Die Botschaft: Aus der einst verachteten Nische ist eine Industrie entstanden, die europaweit rund 260 000 Menschen beschäftigt und jährlich mehr als 36 Milliarden Euro zur Wirtschaftsleistung des Kontinents beiträgt.

Zum Auftakt der Europäischen Windenergiekonferenz in Amsterdam, eines der größten Branchentreffs, feierte sich die Branche am Dienstag mit dem opulenten Werbefilm selbst. Doch die Erfolgsgeschichte ist in Gefahr. Nirgendwo lässt sich das besser ablesen als an der Mimik jener drei Herren, die den Film aus der ersten Reihe verfolgt haben. In dunklen Anzügen und mit hängenden Mundwinkeln sitzen Anders Runevad, Markus Tacke und Hans-Dieter Kettwig in gepolsterten Kinostühlen still nebeneinander.

Das Trio ist nicht irgendwer. Es handelt sich um die Chefs von Vestas, Siemens Gamesa und Enercon - und damit um die ranghöchsten Vertreter der Nummer eins sowie der Nummer zwei im weltweiten Geschäft mit Windenergie und um den Marktführer in Deutschland. Zusammengerechnet kommandieren Runevad, Tacke und Kettwig ein Heer aus 66 000 Mitarbeitern, die einen Umsatz von mehr als 25 Milliarden Euro erwirtschaften. Doch nach Jahren des Booms stehen die Chefs der erfolgsverwöhnten Hersteller von Turbinen und Rotorblättern auf einmal ordentlich unter Druck.

Der Grund: Von Indien bis in die Vereinigten Staaten werden weltweit die Subventionen für Windenergie gekappt. Statt gesetzlich garantierter Fördergelder müssen sich die Konzerne im Wettbewerb untereinander um die Höhe der Vergütungen streiten. In diesem Auktionssystem bekommt derjenige den Zuschlag, der den geringsten Preis für den Bau eines Windparks bietet. Die Folge: Die Vergütungen stürzen ins Bodenlose.

„Wir durchleben turbulente Zeiten. Und es wird noch ein paar Erschütterungen in unserer Branche geben“, sagte Enercon-Chef Kettwig dem Handelsblatt. In der letzten Ausschreibung sind allein in Deutschland die Vergütungen auf durchschnittlich 3,8 Cent pro erzeugte Kilowattstunde abgestürzt. Das ist ein Rückgang der Subventionshöhe um 50 Prozent binnen eines Jahres.

Was positiv für Verbraucher ist, entsetzt die Ökostromindustrie. „Das ist schon ein Hammer“, zeigt sich Kettwig besorgt. Denn in der Branche wird damit kalkuliert, dass die meisten Projektentwickler zu Preisen von weniger als 4,5 Cent gar nicht mehr in der Lage sind, Windparks ohne Verluste zu bauen.

50 „Das Problem ist, dass die Preise so schnell einbrechen, dass der technologische Fortschritt nicht mehr Schritt halten kann“, sagt Arash Roshan Zamir, Analyst bei Warburg Research. Ein Blick in die Bilanzen der weltgrößten börsennotierten Windkraftkonzerne zeigt die Folgen.

55 Von Anfang Januar bis Ende September hat sich bei Vestas aus Dänemark und den drei deutschen Anbietern Siemens Gamesa, Nordex und Senvion der operative Gewinn zusammengerechnet halbiert. Betrug das addierte Ergebnis vor Zinsen und Steuern des Quartetts nach neun Monaten im Jahr 2016 noch rund 1,7 Milliarden Euro, sind es ein Jahr später nur noch 860 Millionen Euro. Und für Zuversicht gibt es keinen Anlass. „Wir werden bei den Turbinenherstellern 2018 im Schnitt
60 voraussichtlich einen Margenverfall von zwei bis drei Prozent sehen“, prognostiziert Analyst Roshan Zamir.

65 Die Konzerne reagieren darauf mit radikalen Sparmaßnahmen. Allein bei Siemens Gamesa, der Windkrafttochter des Dax-Konzerns Siemens, werden 6 000 Stellen gestrichen. Das entspricht etwa einem Fünftel der Belegschaft. Gleichzeitig wollen die Firmen massiv in die Entwicklung neuer Technik investieren. „Wir haben noch jede Menge innovatives Potenzial“, erklärte Markus Tacke.

70 Investoren sind dagegen weit weniger optimistisch als der Vorstandschef von Siemens Gamesa - sie ergreifen vielmehr die Flucht. Seit Jahresbeginn verlor die Aktie von Vestas ein Viertel an Wert, das Papier von Siemens Gamesa gab um etwa die Hälfte nach, und die Aktie von Nordex brach sogar um mehr als 60 Prozent ein. „Die Konsolidierung in der Branche wird sich noch einmal verschärfen“, prophezeit Dirk Briese.

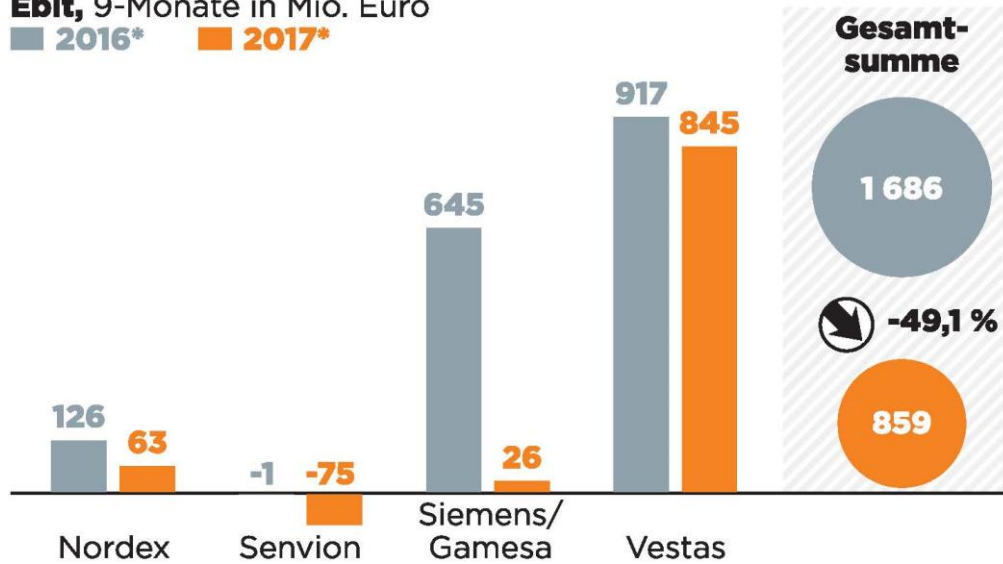
75 Der Chef des Marktforschers Windresearch sieht die Branche in einem Teufelskreis gefangen: „Es gibt zu wenig Aufträge, um genug Geld parat zu haben, die Entwicklung neuer, größerer und effizienterer Turbinen zu forcieren. Gleichzeitig sind neue Turbinen-Generationen aber die Voraussetzung dafür, um überhaupt
80 Aufträge zu erhalten.“ Das bittere Fazit von Briese: Die Konzerne werden weiter mit „schrumpfenden Umsätzen und Gewinnen zu kämpfen haben“.

Quelle: Hubik, F., Handelsblatt, Nr.230, 29.11.2017, 16

Gewinne brechen ein

Ebit, 9-Monate in Mio. Euro

■ 2016* ■ 2017*



HANDELSBLATT // *Januar bis September

Handelsblatt Nr. 230 vom 29.11.2017

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Quelle: Unternehmen

Öl: Anker der Stabilität

Opec und Russland sorgen für ein Preisniveau, das die Ölkonzerne froh macht, sagt Hans-Peter Siebenhaar.

5

Noch vor zwei Jahren griff die Depression in der Ölbranche wie eine Epidemie um sich. Das war kein Wunder: Das Fass (159 Liter) der Nordseesorte Brent sackte auf rund 30 Dollar ab. Manche läuteten bereits das Sterbeglöcklein für Big Oil. Heute ist die Erinnerung daran verblasst. Voller Selbstvertrauen präsentieren sich wieder die
10 Chefs der Ölkonzerne. Bei seinem Auftritt in Wien strotzte am Dienstag der Chef des Energiekonzerns OMV, Rainer Seele, vor Zuversicht. Der Optimismus der Branche hat einen guten Grund. Seit der Baisse haben sich die Preise verdoppelt. Der Ölpreis hat wieder ein Preisniveau wie damals im Jahr 2014 erreicht.

15

Das Gute: Die Aussichten bleiben stabil. Hinter verschlossenen Türen feilt die Organisation erdölexportierender Länder (Opec) zusammen mit Nicht-Opec-Ländern unter Führung Russlands an einer Verlängerung der bisherigen Förderungskürzung um mindestens ein weiteres halbes Jahr. Am Donnerstag werden die Ölminister in Wien ihre weitere Politik besiegeln. Die Opec erweist sich nach volatilen Jahren nun
20 als Anker der Stabilität.

25

Doch das Ölkartell in Wien hat längst nicht mehr die Kraft, den globalen Ölpreis im Alleingang zu bestimmen. Die Opec ist auf Russland angewiesen. Bislang hat Moskau eine kluge und maßvolle Politik betrieben. Das tut nicht nur dem auf Energieexporte angewiesenen Staatshaushalt gut, sondern der gesamten Ölbranche. Die Kurse der Ölmultis sprechen Bände.

30

Die Weltkonjunktur brummt. Um den Motor nicht abzuwürgen, braucht es einen marktkonformen Ölpreis. Genau dieses Ziel haben die Ölförderländer erreicht, indem sie Angebot und Nachfrage wieder einigermaßen in die Balance gebracht haben. Doch es lauern zahlreiche politische Gefahren. In den Opec-Ländern Libyen und Irak ist kein Frieden in Sicht. Im Jemen und in Syrien toben Bürgerkriege. Bislang hat beim Öl noch immer die politische Vernunft gesiegt. Ob das allerdings auch künftig so bleibt, steht in den Sternen.

35

Quelle: Siebenhaar, H.-P., Handelsblatt, Nr.230, 29.11.2017, 23

Meinung: Rohstoffe: Ölkartell steht vor weiterer Förderkürzung

Politisch steuert die Opec auf eine Zerreißprobe zu. Hinter den Kulissen brodeln es zwischen den Schwergewichten Saudi-Arabien und Iran.

5
Der Generalsekretär der Organisation Erdöl exportierender Länder (Opec), Mohammed Sanusi Barkindo, präsentiert sich zum Wochenauftritt bestens gelaunt: „Ich finde es sehr aufregend zu beobachten, dass wir immer nachhaltiger und tiefer zusammenarbeiten“, jubelte er beim Vorbereitungstreffen des Kartells mit seinen
10 Partnern der Förderkürzungsallianz. Am Donnerstag sollen in Wien die Ölminister entscheiden, ob man auch über den März 2018 hinaus die Förderung verknappet. Barkindo gibt schon einmal die Richtung vor: „Die gegenwärtigen Marktbedingungen sowie die Rückkehr des Vertrauens und der Zuversicht in der Industrie sind Beweis unserer gemeinsamen Anstrengungen“, sagte der Nigerianer.

15
Vor einem Jahr haben sich die 14 Opec-Länder und zehn Nicht-Mitglieder auf eine Kürzung der Förderung um 1,8 Millionen Barrel pro Tag geeinigt. Die Zuversicht unter den Mitgliedern der neuen Allianz ist aktuell hoch. Seit längerer Zeit liegt der Preis für ein Barrel (159 Liter) der Nordseesorte Brent deutlich über 60 Dollar und ist
20 damit so teuer wie seit zwei Jahren nicht mehr.

Wo aber auf den ersten Blick Harmonie herrscht, kracht es hinter den Kulissen. Wirtschaftlich mag sich das Abkommen für die Mitglieder auszahlen. Politisch aber scheinen sich allen voran die Erzrivalen Saudi-Arabien und Iran unversöhnlicher denn
25 je gegenüberzustehen. Obwohl die Opec nach außen die jüngsten Erfolge bejubelt, steht sie innerlich vor einer Zerreißprobe.

Während die meisten Analysten und Marktbeobachter davon ausgehen, dass die verabredeten Kürzungen bis Ende 2018 verlängert werden, streiten die Mitglieder
30 noch über Details. Erst am Dienstag erklärte der saudische Ölminister Khalid Al-Falih, es sei noch zu früh, um über die Dauer der Verlängerung zu sprechen.

Unklar bleibt, ob weitere Länder dem Abkommen beitreten oder ob es strengere Zielvorgaben für einzelne Länder geben wird. Bislang war beispielsweise Iran von
35 Kürzungen befreit, weil das Land seine Ölförderung steigern wollte, nachdem der Westen Anfang 2016 seine Sanktionen größtenteils aufgehoben hatte. Bislang haben die Saudis, die mit rund zehn Millionen Barrel pro Tag für rund ein Drittel der Opec-Förderung stehen, diese Ausnahme toleriert. Fraglich ist, ob sie dies angesichts der neuen Spannungen noch immer so sehen.

40
Als vor wenigen Wochen ein saudisches Luftabwehrsystem eine Rakete aus dem Jemen abschoss, die auf die saudische Hauptstadt Riad zusteuerte, machten die Saudis die Iraner für den „Kriegsakt“ verantwortlich. Der Iran unterstützt die Huthis im Jemen, die gegen das Saudi-nahe Regierungsregime rebellieren. Nun legt Kronprinz
45 bin Salman nach: Den iranischen Religionsführer Ajatollah Ali Khamenei bezeichnete er als den „neuen Hitler“ des Nahen Ostens.

Konflikte zwischen Saudi-Arabien und Iran seien zwar nicht neu, aber die zunehmenden Spannungen könnten die Unruhe in der Opec steigern, erklärt Eugen Weinberg, Chef-Rohstoffstrategie der Commerzbank. Spencer Welch, Ölstrategie des Energieanalyseunternehmens IHS Markit in London, glaubt hingegen, dass die Opec pragmatisch bleibt: „Letzten Endes geht es bei dem Abkommen ums Geschäft und darum, die Einnahmen für die Opec-Staaten so hoch wie möglich zu halten. Bislang funktioniert das ganz gut.“ Auch David Wech, Geschäftsführer der JBC Energy in Wien, glaubt an den Pragmatismus: „Was Opec-Politik betrifft, haben die Länder im Nahen Osten sehr ähnliche Interessen.“

Ihnen bleibt aber auch keine andere Wahl: Verzichtet die Allianz auf eine Verlängerung der Förderkürzungen, droht im kommenden Jahr erneut ein Überangebot am Ölmarkt mit fallenden Ölpreisen. Genau das wollen die Mitglieder verhindern.

Vor genau einem Jahr, am 30. November 2016, haben sich die Opec-Mitglieder für eine Förderkürzung entschieden. Auch Russland trat dem Abkommen gemeinsam mit zehn weiteren Staaten bei. Ein derartiges Bündnis hatte es seit 2001 nicht mehr gegeben. Seit 2014 strömen Unmengen amerikanischen Schieferöls auf den Markt. Weil die Opec bis zum vergangenen Jahr keine Marktanteile abgeben wollte, pumpte auch sie kräftig weiter, weshalb das Angebot deutlich höher war als die Nachfrage. In der Folge stürzte der Ölpreis von mehr als 110 Dollar je Barrel zeitweise unter 30 Dollar je Barrel Brent. Die Kürzungspartnerschaft ist daher als Zweckallianz zu verstehen, denn den von Öleinnahmen abhängigen Staaten geht das Geld aus.

Aufgrund der Kürzungen kostet ein Fass Brentöl heute wieder mehr als 60 Dollar, Ölkonzerne freuen sich über steigende Gewinne und die Förderstaaten über gestiegene Staatseinnahmen. Seit Jahresbeginn fallen die weltweiten Lagerbestände. Das Ölkartell peilt an, sie wieder auf den Durchschnitt der letzten fünf Jahre zu drücken. Im Januar waren die Vorräte der OECD-Länder von dieser Zielmarke noch 340 Millionen Barrel entfernt, heute sind es nur noch 120 Millionen Barrel.

Doch auch mit den Kürzungen könnte der Ölpreis Anfang des kommenden Jahres erneut unter 60 Dollar fallen, weil das Angebot die Nachfrage zu Jahresbeginn wieder übertreffen werde, glaubt zumindest Hannes Loacker, Ölexperte der österreichischen Raiffeisen-Centrobank. Erst im Jahresverlauf werde sich das Verhältnis wieder umkehren. Das Gros der Analysten glaubt hingegen an eine stabile Ölpreisentwicklung. Sie hat Opec-Generalsekretär Barkindo also bereits überzeugt. Für die Ölstaaten ist das Abkommen mehr Fluch als Segen: Halten sie die verabredeten Kürzungen nicht durch, droht erneut ein Preisverfall - mit schweren Folgen für die Branche.

Quelle: Siebenhaar, H.-P./Streit, M., Handelsblatt, Nr.230, 29.11.2017, 34

Opec: Zwischen Hoffen und Drosseln

Das Ölkartell Opec und seine Partner wollen an Kürzungen festhalten und setzen so auf weiter steigende Preise.

5

Für die Organisation Erdöl exportierender Staaten (Opec) begann der entscheidende Tag ihres jüngsten Treffens in Wien mit einer Überraschung: Dicke, weiße Schneeflocken rieselten am Morgen auf die österreichische Hauptstadt hernieder - für die zahlreichen Delegationsteilnehmer ein positives Zeichen: Bei Kälte steigt der Heiz- und damit auch der Ölbedarf. Am Abend stand ein wichtiges Ergebnis: Das bestehende Förderlimit wird um neun Monate bis Ende 2018 verlängert. Das beschloss nach Angaben des irakischen Ölministers das Bündnis aus den 14 Opec-Mitgliedern und weiteren Nicht-Opec-Ländern. Seit Jahresbeginn verzichtet die Kürzungsallianz täglich auf 1,8 Millionen Barrel (159 Liter) ihrer Produktion, also rund zwei Prozent der globalen Förderung, um das Überangebot abzubauen und den Ölpreis zu steigern. „Wir haben etwa die Hälfte des Abkommens erfüllt“, sagte der saudische Ölminister und amtierende Opec-Präsident, Khalid Al-Falih: „Vor uns liegt noch eine Menge Arbeit.“ Alexander Nowak, der russische Energieminister, erklärte: „Um unsere Ziele zu erreichen, müssen wir noch länger in das Jahr 2018 hinein zusammenarbeiten.“ Russland ist mit 300 000 Barrel an Kürzungen das wichtigste Nicht-Opec-Land der Allianz.

Weil die Opec bereits im Vorfeld angekündigt hatte, auch über März 2018 hinaus an den Kürzungen festzuhalten, bleibt der Opec und ihren Partnern kaum eine andere Wahl: Öl hat sich allein seit Anfang August um mehr als 40 Prozent auf über 64 Dollar verteuert. „Spekulantente haben in den vergangenen Wochen Wetten auf steigende Ölpreise abgeschlossen, die etwa einer Milliarde Barrel Öl entsprechen“, erklärt die unabhängige Energieberaterin Cornelia Meyer. Die Menge entspricht knapp zehn Jahren Ölproduktion. Würde die Opec den Markt mit einer kurzen oder gar keiner Verlängerung überraschen, drohte ein Abverkauf mit stark fallenden Preisen. Iraks Ölminister Jabbar Al Hussein Al-Luaibi betonte: „Wir wollen den Markt mit unserer Entscheidung nicht destabilisieren.“ Damit wird das Abkommen bereits zum zweiten Mal nach Mai verlängert. Eigentlich sollte damit schon Ende Juni dieses Jahres Schluss sein. Ziel der Förderorganisation ist es, die Öllagerbestände auf einen Fünf-Jahres-Durchschnitt zu senken. Damit kommt die Zweckallianz jedoch nur langsam voran, nicht zuletzt, weil die Schieferölproduzenten in diesem Jahr ihre Produktion stark um 800 000 Barrel auf 6,1 Millionen Barrel gesteigert haben. Zwar hat sich der Abstand zum Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre bei den Ölbeständen der OECD seit Mai auf knapp 140 Millionen Barrel halbiert. Vom Zielwert sind sie trotzdem noch weit entfernt. Während die Opec sich über die höheren Preise freut, glaubt Analyst Eric Lee von der Citi, dass die Allianz nur eine Entwicklung vorweggenommen habe. Am Markt könne sich schnell Ernüchterung breitmachen. „Bis Ende 2018 rechnen wir mit einem Ölpreis von etwa 53 Dollar“, sagt Lee. Ölanalyst Jan Edelmann von der HSH Nordbank warnt vor Gefahren, falls die Opec keine Ausstiegsstrategie aus den Kürzungen präsentiere. [...]

Quelle: Siebenhaar, H.-P./Streit, M., Handelsblatt, Nr.232, 01.12.2017, 31

Meinung: Das planlose Ölkartell

Mit der erneuten Förderkürzung droht die Opec den Ölmarkt zu überhitzen, meint Matthias Streit.

5
Es war eine Geburtstagsparty ganz nach dem Geschmack der Organisation der Erdöl exportierenden Länder: Nach Jahren der Hilflosigkeit gegenüber der Schieferölschwemme aus den USA treibt das Kartell den Ölmarkt wieder vor sich her. Seine Förderkürzungen haben den Preis allein seit Mitte Juni um knapp 40 Prozent
10 nach oben gehievt, über 63 Dollar je Barrel (159 Liter).

Seit einem Jahr besteht die Kürzungsallianz aus dem Ölkartell und zehn weiteren Ländern nun. Das ist eigentlich kein richtiges Jubiläum - doch für die Zweckfreunde, denen alle binnen kürzester Zeit das Scheitern vorausgesagt haben, ist dies genug
15 Grund, um groß zu feiern. Das größte Geschenk brachten sich das Ölkartell und seine Partner zum Treffen in Wien gleich selbst mit: Sie verlängern ihre Förderkürzung, die eigentlich im März hätte auslaufen sollen, bis Ende 2018. Das soll den Ölmarkt stabilisieren und - auch wenn das kein offizielles Ziel ist - aus Sicht der Staaten hoffentlich auch den Ölpreis weiter treiben. Wie das nun einmal so ist mit
20 Geburtstagsgeschenken: Nicht immer gefallen sie, auch dann nicht, wenn man sie sich selbst ausgesucht hat. Was einem am Anfang Freude bereitet, kann bald schon nur noch lästig sein. Die Gefahr, dass Letzteres eintritt, ist real. Mit ihrer Verlängerung droht die Kürzungsallianz den Ölmarkt zu überhitzen, ihre Konkurrenz weiter aufzupäppeln und den Ölpreis schon im kommenden Jahr wieder zu fallen.

25 Fangen wir aber mit dem Positiven an. Man muss der Opec zugestehen, dass sie etwas erreicht hat, was ihr viele (auch wir) am Anfang nicht zugetraut haben: Sie setzt die Förderkürzung um und sorgt dafür, dass sich die zu Jahresbeginn noch prall gefüllten Lager langsam, aber sicher leeren. Die Opec ist nicht tot, die Förderkürzung nicht
30 irrelevant, was schon die gebündelte Kraft zeigt: Gemeinsam fördern die 24 Staaten fast die Hälfte des weltweit geförderten Öls.

Schon seit Monaten gratuliert sich die Opec bei jeder sich bietenden Gelegenheit selbst zum Erfolg und hat auch die Kürzungsverlängerung mehrfach angekündigt. Das
35 hat Erwartungen geschürt und den Ölpreis seit Mitte Juni um 20 Dollar nach oben getrieben. In anderen Worten: Das Geburtstagsgeschenk gab es schon vorab. Viel mehr wird da wohl nicht kommen. Dafür wird schon zu Beginn des Jahres 2018 die saisonal schwache Nachfrage sorgen. Und selbst wenn der Preis danach wieder steigt, dürften das die amerikanischen Schieferölunternehmen nutzen, um ihre Förderung
40 einmal mehr stark zu erhöhen. Auch aus Brasilien oder Kanada drängt frisches Öl an den Markt. Die Konsequenz daraus: Ende 2018 dürfte Öl billiger sein als heute.

Und die Folgen aus den Förderkürzungen dürften die Opec und ihre Partner noch länger zu spüren bekommen: Kurzfristig mögen sie ihre Staatseinnahmen dank des
45 gestiegenen Preises aufgebessert haben, langfristig geht das zulasten ihrer Marktanteile. Die Internationale Energieagentur sieht die USA schon zur neuen Ölsupermacht als größtem Produzenten aufsteigen. Kein Wunder also, dass schon die ersten Beschenkten der nun einjährigen Förderkürzungsallianz am Geschenk

herumnörgeln: die Russen. Unternehmen wie Rosneft und Lukoil würden gern ihre
50 Produktion steigern, dürfen aber nicht. Stattdessen heimsen andere die Profite ein, die
ihnen entgehen.

Vor dem Treffen hatte sich der russische Energieminister Alexander Nowak sogar
noch für eine kürzere Verlängerungsdauer und eine Strategie für den Ausstieg aus der
55 Förderkürzung starkgemacht. Dass nun doch bis Ende 2018 gekürzt wird, darf als
Zugeständnis an Saudi-Arabien verstanden werden. Den Saudis ist an einem
möglichst hohen Ölpreis gelegen: Im kommenden Jahr soll ein kleiner Teil ihres
staatlichen Ölkonzerns Saudi Aramco an die Börse gehen, am liebsten natürlich so
60 teuer wie möglich. Investmentbanker halten die anvisierte Bewertung von zwei
Billionen Dollar aber für stark überzogen. Das wichtigste Asset des Konzerns ist Öl.
Und je teurer das ist, desto höher fällt auch die Bewertung aus. Hätte die
Kürzungsallianz ihr Abkommen nicht oder nur kurz verlängert, wären die Ölpreise
gefallen. Und das wäre letztlich so gar nicht im Interesse Saudi-Arabiens gewesen.

65 Kein Wunder also, dass es Saudi-Arabien für viel zu früh hält, um über ein Ende der
Förderbremse zu sprechen. Immerhin: Beim nächsten Treffen, im Juni 2018, werde
das Abkommen noch einmal überdacht. Doch die zentralen Fragen bleiben
unbeantwortet: Wie will die Kürzungsallianz dann eine Flutung des Marktes und
fallende Preise verhindern? Wie langsam pirschen sie sich wieder an ihre gewöhnliche
70 Produktion heran?

Der Russe Nowak pocht auf eine klare Strategie im kommenden Jahr. Bis dahin
wurschtelt man sich weiter durch. Eine wohldurchdachte Vorbereitung sieht anders
aus. Gut möglich, dass die Stimmung im nächsten Jahr, beim zweiten Geburtstag,
75 dann schon nicht mehr so feierlich sein wird.

Quelle: Streit, M., Handelsblatt, Nr.233, 04.12.2017, 26

Bulle & Bär: Steigender Ölpreis als Kostenfaktor

Die Kaufkraft der Deutschen steigt im nächsten Jahr um 2,8 Prozent. Diese Prognose wagen die Forscher der GfK. 633 Euro soll jeder Bundesbürger mehr in seinem Geldbeutel haben. Im Schnitt stehen damit jedem Deutschen knapp 23 000 Euro für Konsumausgaben, Wohnen, Freizeit und auch Sparen zur Verfügung. Das Geld können sie gut gebrauchen. Nicht nur mit Blick auf ihre spätere Rente, wo jeder angelegte Euro ein guter Euro ist, kommt das Plus gerade recht. Mit der gesetzlichen Rente allein dürfte es in der Regel schwer sein, zum Ruhestand hin seinen Lebensstandard einigermaßen zu halten.

Mehr Geld benötigen die Bundesbürger, deren liebstes Hobby das Autofahren ist, auch für die Benzinrechnung, die sie an der Tankstelle begleichen müssen. Denn der Trend zu steigenden Preisen wird nächstes Jahr anhalten. Einen Vorgeschmack gibt jetzt eine wegen nötiger Reparaturen für mehrere Wochen geschlossene Pipeline in der Nordsee, weswegen der Ölpreis weiter in die Höhe stieg. Ein Haarriss im Netz der Forties Pipeline erzwang den Betreiber zu der vorübergehenden Stilllegung. Normalerweise fließen 450 000 Fass am Tag von der Nordsee nach Schottland, wo der Rohstoff verarbeitet wird. Nordseeöl der Sorte Brent verteuerte sich um 1,6 Prozent auf 65,70 Dollar je Fass (159 Liter). Damit kostet Öl erstmals wieder so viel wie im Sommer vor zwei Jahren.

Damit nicht genug: Öl notiert erstmals wieder über der markttechnisch wichtigen Marke von 65 Dollar. Das zeigt auch, dass es in einem engen Markt schnell zu Preissprüngen kommen kann. Und nach der Verlängerung der Förderbremse des Ölkartells Opec und ihrer zehn Partner zeigt sich sowieso: Unter Druck schafft es die Allianz trotz aller Zweifel doch, auf einen Nenner zu kommen. Mit der täglichen Kürzung um 1,8 Millionen Fass produziert die Fördergemeinschaft etwas weniger als die Hälfte des weltweiten Angebots. Angesichts der Disziplin ist der Ölpreis seit August um über 40 Prozent gestiegen. Und es ist zu befürchten, dass damit noch nicht Schluss ist. Immerhin steigt die Kaufkraft. So können sich die Deutschen die höheren Benzinpreise leisten.

Quelle: Landgraf, R., Handelsblatt, Nr.240, 13.12.2017, 33

Elektromobilität: Starkstrom für die Autobahn

Schnellladestationen werden gebraucht. Investoren buhlen um die besten Standorte.

5 Dass nun auch die deutschen Autohersteller wie BMW, Daimler und Volkswagen in ein Netz für Schnellladestationen investieren, freut Michiel Langezaal. „Es ist gut, dass Ionomy an den Start geht“, urteilt der Unternehmer aus Amsterdam über seine neue Konkurrenz. „Aber die deutsche Autoindustrie kommt mit dem Projekt zu spät, und es ist zu wenig“, meint der Co-Gründer des Start-ups Fastned. Denn während die
10 deutsche Konkurrenz noch ihre Website pflegt, „machen wir pro Woche eine Station auf“, sagt Langezaal im Gespräch mit dem Handelsblatt.

An Selbstbewusstsein mangelt es dem Fastned-Gründer nicht. Die Niederländer sehen sich als Avantgarde in einem Markt, der gerade erst Fahrt aufgenommen hat. Mehr
15 als 60 Stationen hat das Unternehmen in den Niederlanden in Betrieb, für weitere 200 hat man Lizenzen. Denn die Verfügbarkeit von Schnellladern an praktisch jeder Raststätte ist eine Voraussetzung dafür, dass unser Nachbarland bei der Verbreitung von Elektroautos ein gutes Stück voraus ist. Langezaal reicht das aber nicht mehr. „Wir wollen ein großes Netzwerk in Europa aufbauen“, sagt der Niederländer. Allein
20 für Deutschland liegen Pläne für mehrere Dutzend Stationen auf dem Tisch.

Seit Jahren wird in Deutschland über die Einführung von Elektroautos diskutiert. Doch bislang hatte die deutsche Autoindustrie weder attraktive Modelle, noch fanden sich genug Investoren für die notwendige Ladeinfrastruktur. Beides ändert sich nun.
25 Mit einer Modelloffensive wollen die Deutschen den Rückstand auf den Tesla aufholen. In gleichem Tempo soll das Schnellladenetz entlang der deutschen Autobahnen Gestalt annehmen. Denn mit der Nachfrage nach Elektroautos, soll auch der Bedarf an Ladestationen steigen. Roland-Berger-Experte Wolfgang Bernhart geht davon aus, dass die Zahl der Schnellladesäulen in Deutschland auf einige Tausend
30 steigen muss, um Wartezeiten und damit Frust bei den Kunden zu vermeiden. Das sei auch machbar, denn nach der Aufbauphase sei der Betrieb eines solchen Netzes durchaus lohnend. „Wegen der kurzen Ladezeiten und der hohen Auslastung dürften insbesondere die Schnellladestationen an den Autobahnen längerfristig ein gutes Geschäft werden“, sagt Bernhart. Der Kampf um die besten Standorte hat begonnen.

35 Anfang November gründete die deutsche Autoindustrie mit „Ionomy“ eine Gesellschaft zum Aufbau eines Schnellladenetzes, das schon im kommenden Jahr die ersten Anschlüsse für neue Ladestationen legen will. Der Plan ist ambitioniert: 400 Stationen sind in Europa bis zum Jahr 2021 geplant, alleine 100 davon in Deutschland. Neben
40 Audi, Porsche, BMW und Daimler sind auch Ford und Shell am Joint Venture beteiligt. Für den raschen Ausbau hat Ionomy sich darüber hinaus mit dem Rasthausbetreiber Tank & Rast verbündet. Der Bonner Dienstleister verfügt über die meisten Flächen entlang der Autobahnen. Nicht immer fällt der elektrische Ausbau leicht: „Teilweise verzögern bauliche und technische Voraussetzungen den Aufbau
45 der Schnellladesäulen“, erklärt das Unternehmen. So müssen die Leitungen und Trafos entlang der Autobahnen aufgerüstet werden. Neben eigenen Ladesäulen arbeitet Tank & Rast auch eng mit den Stromversorgern zusammen. So hat die

Essener RWE-Tochter Innogy bereits 150 Ladesäulen bei Tank & Rast installiert, auch EnBW und Eon haben Standorte bei Tank & Rast für sich reklamiert.

50

Weitere Anbieter stehen bereit: Neben Ionity und Fastned stehen auch der niederländische Betreiber Allego und Smatrics aus Wien in den Startlöchern. Das größte Netz in Europa hat aber nach wie vor Tesla: Die Amerikaner betreiben europaweit mittlerweile 300 Stationen mit fast 2000 „Superchargern“ nur für den Bedarf ihrer Kunden. 55 Stationen stehen davon in Deutschland, sechs sind aktuell im Bau. Damit hat Tesla heute schon ein Netz zur Verfügung, das die deutsche Autoindustrie in den kommenden drei Jahren im Hauruckverfahren aufbauen will.

Der Markt steht allen offen: Mit Ausnahme von Tesla haben sich alle europäischen Autohersteller auf den Ladestandard CCS geeinigt, eine wichtige Voraussetzung für Investitionen. Darüber hinaus wird der Ausbau steuerlich gefördert: Alleine die Bundesregierung will bis zum Jahr 2020 Fördermittel in Höhe von 300 Millionen Euro für die Entwicklung des Ladenetzes verteilen. Von den 15 000 geplanten Ladesäulen sollen 5 000 mehr als 50 Kilowatt leisten. Damit will die deutsche Autoindustrie die Infrastruktur für die nächste Generation von Elektroautos schaffen. In wenigen Jahren sollen Modelle wie der „Audi Q6-etrone“, der VW-ID und der Mercedes EQ-C den Markt aufrollen. Dafür muss nicht nur die Ladeinfrastruktur in den Städten ausgebaut werden, sondern vor allem ein dichtes Netz entlang der Autobahnen und Rasthöfe entstehen. Die besonders bei deutschen Autofahrern weit verbreitete „Reichweitenangst“ gilt nach wie vor als eines der größten Hindernisse für Elektroautos. Alle Stromer der neuen Generation sollen deswegen mindestens 500 Kilometer packen, versichern die Autohersteller. Spätestens im Jahr 2020 soll die elektrische Mobilität massentauglich sein. Während in Städten langsames Laden mit schwacher Leistung ausreicht, sollen an Autobahnen Säulen mit Leistungen von 150 Kilowatt und mehr dafür sorgen, dass eine Kaffeepause genügt, um wieder mehrere Hundert Kilometer Reichweite aufzuladen. „Dafür werden die Kunden dann auch bereit sein, höhere Preise zu zahlen“, glaubt Bernhart.

Die Branche arbeitet grenzübergreifend und plant ihre Schnellladenetze entlang der Hauptverkehrsachsen. Als Minimum für eine gute Abdeckung gilt ein Abstand von 120 Kilometern zwischen den Stationen. Die müssen aber auch ständig aufgerüstet werden, denn mit der Leistungsfähigkeit der Batterien steigt auch der Bedarf an besonders leistungsstarken Ladesäulen. Anfang November kündigte Eon gemeinsam mit dem dänischen Dienstleister Clever an, 180 Ladestationen in sechs europäischen Ländern errichten zu wollen. Damit wollen die Unternehmen sieben Länder zwischen Norwegen und Italien verbinden. Deutschland soll als Haupttransitland in Europa die meisten Säulen erhalten.

Von Norwegen bis Italien Ähnliche Ambitionen verfolgt das Projekt „Ultra“. Die österreichische Smatrics und die niederländische Allego wollen ein Netz von Amsterdam bis Graz aufbauen und durchgehend Stationen mit einer Leistung von bis zu 350 Kilowatt vorhalten. Auch Ionity, das Stromtankstellennetz der deutschen Autohersteller, will mit einer Leistung von 350 Kilowatt arbeiten. Gerade für die deutschen Premiumhersteller ist das wichtig. Im Jahr 2019 soll der Porsche Mission E auf den Markt kommen, ein selbst ernannter „Tesla-Killer“ mit einer Leistung von

95

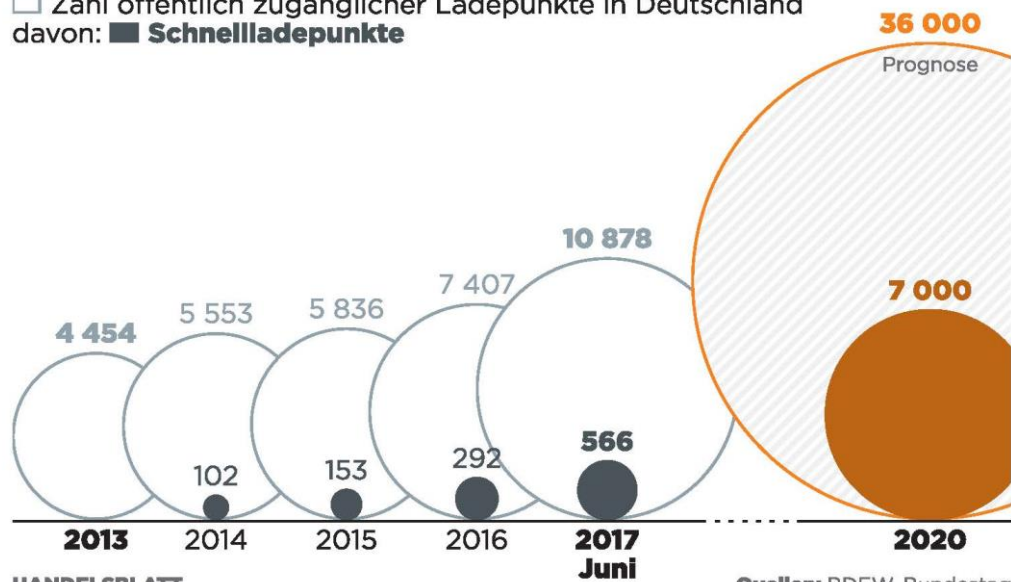
400 KW, dessen Batterie 100 Kilowattstunden fassen soll. An einer gewöhnlichen Schnellladestation bräuchte ein solches Auto derzeit mehrere Stunden, um nachzuladen.

- 100 „Die Stromer werden besser, die Ladestationen werden besser, beides bedingt sich“, sagt Fastned-Gründer Langezaal. Sein Unternehmen schreibt zwar Verluste, sammelt aber frisches Kapital, um den Ausbau seines Ladenetzes zu finanzieren. Dass Fastned durch Investoren wie Ionity aus dem Feld geschlagen wird, glaubt Langzaal nicht. Dafür habe man zu viel Wissen gesammelt. Sein Unternehmen arbeite an
- 105 Innovationen wie einem intelligenten Ladekabel, das das Auto wiedererkennt und das Bezahlen mit Karte oder App überflüssig macht. Ladevorgänge werden dann automatisch abgerechnet. Zudem habe man in den Niederlanden jahrelang Erfahrung mit dem Betrieb gesammelt. Am Ende sei alles eine Frage von gutem Service.
- 110 „Unsere Stationen funktionieren zu 99,99 Prozent, das soll uns erst einmal einer nachmachen“, sagt Langzaal.

Quelle: Fasse, M./Flauger, J., Handelsblatt, Nr.232, 01.12.2017, 22

Elektromobilität

□ Zahl öffentlich zugänglicher Ladepunkte in Deutschland
davon: ■ Schnellladepunkte



HANDELSBLATT

Handelsblatt Nr. 232 vom 01.12.2017

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Quellen: BDEW, Bundestag

Meinung: Elektromobilität: Intelligente Kooperation

Der Aufbau der Ladeinfrastruktur kommt endlich in Gang. Das hofft Jürgen Flauger.

- 5 Die Debatte über die Elektromobilität in Deutschland war in der Vergangenheit mehr als frustrierend. Es wurden zwar ehrgeizige Ziele ausgegeben, es tat sich aber wenig. Weder wurden attraktive Autos gebaut, noch wurde die Ladeinfrastruktur zügig ausgebaut. Auto- und Energiebranche gaben sich dafür gegenseitig die Schuld.
- 10 Jetzt gibt es endlich Hoffnung. Zum einen haben die Autokonzerne den Wettbewerb mit US-Pionier Tesla aufgenommen und entwickeln zahlreiche Modelle. Zum anderen soll entlang der Autobahnen ein Netz mit Schnellladestationen aufgezogen werden. Das Beste daran: Es beteiligen sich alle, die Versorger, der Staat mit Fördergeldern und sogar die Autokonzerne.
- 15 Ein solches überregionales Schnellladenetz ist entscheidend, um Elektroautos aus der Nische zu holen. Noch reichen die Kapazitäten der Batterien in der Regel nur für den Stadtverkehr oder zum Pendeln aus. Schon bald werden Fahrten bis zu 500 Kilometern möglich sein, wie sie Benzin- oder Dieselfahrzeuge bieten. Für solche
- 20 Touren brauchen die Käufer aber die Sicherheit, unterwegs verlässlich nachladen zu können.
- Speziell die deutschen Premiumhersteller, die teure, leistungsfähige Modelle planen, benötigen ein dichtes Netz an Schnellladesäulen als Verkaufsargument. Es ist deshalb
- 25 richtig, dass sie sich beim Aufbau engagieren - aber auch, dass der Bund eine Anschubhilfe gibt.
- Für die Versorger werden sich die Ladesäulen dagegen erst rechnen, wenn sie häufig frequentiert werden, also wenn viele Elektroautos über die Autobahnen rollen. Und
- 30 das wird noch sehr lange dauern.
- Immerhin verspricht das Netz entlang der Autobahnen langfristig auskömmliche Geschäfte. Auf dem Land steht das allerdings infrage. Dort müssen auch nur selten genutzte Standorte ausgerüstet werden. Auch hier braucht es intelligente
- 35 Kooperationen. Zum Beispiel die Kooperation mit Supermärkten, die ihren Kunden Strom-Tankstellen als Service bieten.

Quelle: Flauger, J., Handelsblatt, Nr.232, 01.12.2017, 26

Markttransparenzstelle für Kraftstoffe: Ungewöhnliche Allianzen

Warum unterstützt die Mineralölindustrie mit einem Auftragsgutachten eine Einrichtung, die ihre Marktmacht angeblich schwächt?

5

Seit Dezember 2013 sind Tankstellenbetreiber verpflichtet, ihre aktuellen Preise an eine „Markttransparenzstelle für Kraftstoffe“ zu melden. Über diese können sich Verbraucher informieren, wo sie am billigsten tanken können. Das funktioniert gut, stellt der Wegbereiter dieser Einrichtung, Justus Haucap, nun in einer
10 Evaluierungsstudie fest. Er hat seinerzeit als Vorsitzender der Monopolkommission die Blaupause für die Markttransparenzstelle geliefert. Dabei ging es ihm darum, regulatorische Markteingriffe zu verhindern, die breit diskutiert wurden.

Die Benzinpreise waren damals hoch und eine Sektoruntersuchung des
15 Bundeskartellamts hatte ergeben, dass fünf große Mineralölgesellschaften den Markt beherrschen und wirksamer Wettbewerb nur am Rande durch freie Tankstellen und regionale Ketten stattfindet. Es gebe auch ohne Kartellabsprachen Parallelverhalten. Preiserhöhungen würden in aller Regel durch die beiden Marktführer Aral und Shell vorgenommen. Die anderen zögen mit geringer Verzögerung regelmäßig nach.

20

Nun hat Haucap als Direktor des Düsseldorfer Instituts für Wettbewerbsökonomik (DICE) mit Mitarbeitern untersucht, wie sich das Verhalten der Verbraucher und Tankstellenbetreiber seither verändert hat. Er findet starke Anzeichen für eine Intensivierung des Wettbewerbs. Insbesondere hätte sich die Zahl der Preisänderungen der Tankstellen pro Tag weiter vermehrt und die Spanne zwischen Tagestiefst- und Tageshöchstpreis sei erheblich größer geworden. Außerdem würden die Kunden heute verstärkt dann tanken, wenn die Preise niedrig sind.

Die Studie kommt nicht von ungefähr. Das Wirtschaftsministerium hatte „interessierte
30 Kreise“ eingeladen, sich in die vorgesehene politische Evaluierung der Transparenzstelle einzubringen. Überraschend ist allerdings der Auftraggeber der Studie. Ausgerechnet der Mineralölwirtschaftsverband (MWV), in dem die marktbeherrschenden Tankstellenbetreiber organisiert sind, hat sich den Wegbereiter und bekannten Unterstützer der Transparenzstelle als Gutachter geholt. Er stützt so
35 eine Einrichtung, die - dem Gutachter zufolge - die Marktmacht und Gewinne der Mitgliedsunternehmen beeinträchtigt. „Wir verstehen uns seit jeher als Wettbewerbsbranche“, erklärt das ein Sprecher des MWV. Aus dem gleichen Grund wundert sich auch Haucap nicht, dass ausgerechnet er den Auftrag bekam.

Kein Freund der Transparenzstelle ist dagegen ausgerechnet der Bundesverband freier Tankstellen (bft), der sich über intensivierte Wettbewerb eigentlich freuen sollte. Präsident Thomas Grebe bewertete zwei Jahre nach Einführung der Transparenzstelle die häufigen Preisänderungen ganz anders als Haucap: Ziel der Einführung der Transparenzstelle sei es gewesen, Preisschwankungen zu minimieren, stattdessen sei
45 das Gegenteil eingetreten, was die freien Tankstellen in ihrer Konkurrenzsituation mit den Großen der Branche schwäche. Die kleinen Betriebe, die sich keine zentrale EDV leisten können, könnten der hohen Schrittgeschwindigkeit der Konzerne nicht folgen.

50 Dahinter steht ein Dilemma, das Haucap schon bei seinem ursprünglichen Vorschlag, Preistransparenz zu schaffen, eingeräumt hatte. Preistransparenz erleichtert nicht nur den Kunden, die billigste Tankstelle zu finden. Sie erleichtert es auch marktmächtigen Anbietern, sehr zeitnah und genau zu verfolgen, was andere Anbieter tun. Das weithin vermutete Parallelverhalten könnte dadurch noch leichter werden. Abweichler würden sofort entdeckt und kleine Konkurrenten könnten zielgenau ausgekontert werden.

55 Haucap hatte 2013 im Ifo-Schnelldienst diese Sorge mit dem Argument beiseitegewischt: „Die hohe horizontale Markttransparenz sorgt augenscheinlich schon jetzt dafür, dass es für die marktbeherrschenden Unternehmen ohnehin vergleichsweise einfach ist, sich zu koordinieren.“ Da könne sich also nichts verschlechtern, meinte er.

60 Die kleinen Konkurrenten der marktbeherrschenden Anbieter sehen das offenbar anders, ebenso wie Ralf Dewenter von der Universität Hamburg. Der Industrieökonom kommt zu dem Verdikt „Meiner Einschätzung nach hat die Markttransparenzstelle den Wettbewerb nicht verstärkt.“ Anders als Haucap, hat das Dewenter-Team untersucht, wie sich die Durchschnittspreise nach Einführung der Transparenzstelle relativ zu anderen EU-Ländern entwickelt haben. Diesel hat sich danach relativ zu den anderen EU-Ländern um rund zwei Cent, Benzin um gut drei Cent verteuert. Die Studie ist vor kurzem in der Zeitschrift „Applied Economics Letters“ erschienen.

70 Dass Haucap gestiegene Preisspannen und häufigere Preisänderungen als starkes Indiz für mehr Wettbewerb deutet, überzeugt Dewenter nicht. Sie könnten für ihn ebenso eine Folge von reduziertem Wettbewerb sein, etwa wenn die Anbieter Zwangslagen und Zeitmangel der Kunden zu bestimmten Zeiten verstärkt ausnutzen, sagt er auf Anfrage.

80 Diesem Argument unterschiedlicher Preissensibilität der Konsumenten zu unterschiedlichen Zeiten, hält Haucap entgegen, es gebe dazu zwar keine wissenschaftlichen Untersuchungen. Es sei aber zu vermuten, dass Dieselnutzer, die oft Dienstwagen fahren, weniger preissensibel sind als Benzinkunden. Trotzdem gebe es das gleiche Muster bei Dieselpreisen wie beim Benzin. Das passe nicht zu dem Argument. Allerdings lässt sich das auch gegen Haucaps Alternativerklärung vorbringen. Er geht davon aus, dass die starken Preisschwankungen von intensivem Wettbewerb ausgelöst werden. Dieser Wettbewerb sollte dann bei Diesel auch schwächer sein, und ein anderes Preismuster hervorbringen, was er aber laut Haucap nicht tut.

90 Haucap und Team bemängeln an der Untersuchung von Dewenter und Co. vor allem, dass diese mit ungewichteten Durchschnittspreisen operiere. Weil aber die Preisschwankungen und die Markttransparenz größer geworden sind, würde heute ein größerer Anteil der Gesamtmenge zu Zeiten mit Niedrigpreisen getankt. Dadurch übertreibe der ungewichtete Durchschnittspreis die tatsächlichen Kosten für die Verbraucher, und zwar stärker als vor Einführung der Transparenzstelle.

95 Die von Haucap festgestellte Größenordnung dieser Verzerrung ist allerdings kleiner
als der Anstieg der Preise (relativ zu anderen EU-Ländern), den Dewenter nach
Einführung der Transparenzstelle festgestellt hat. Dewenters ungünstiger Befund für
die Markttransparenzstelle lässt sich so also kaum ausräumen. Und selbst eine
theoretische Analyse von Steffen Eibelshäuser und Sascha Wilhelm, auf die Haucap
100 zur Unterstützung seiner Position verweist, kommt zu dem Ergebnis, die
Konsumenten führen mit höherer Transparenz schlechter, während die Produzenten
gewinnen. „Unsere Ergebnisse stehen im Einklang mit denen von Dewenter et al.“,
schreiben sie.

105 *Quelle: Häring, N., Handelsblatt, Nr.233, 04.12.2017, 10*

Kohlefinanzierung: Kohle-Investoren unter Druck

5 *Eigentlich wollen viele Finanzkonzerne aus der Kohlefinanzierung aussteigen. Wie schlecht das in der Realität gelingt, zeigt eine neue Studie. Betroffen sind auch Blackrock und die Allianz.*

Es war ein großes Versprechen: Nach dem vor zwei Jahren in Paris geschlossenen Weltklimaabkommen wollte auch die Finanzbranche in den Kampf gegen die Erderwärmung einsteigen. Allianz, Axa oder zuletzt HSBC kündigten an, ihre
10 Investments in Unternehmen einzuschränken, die besonders viel des klimaschädlichen Kohlendioxids (CO₂) ausstoßen. 150 große Assetmanager, Fonds und Versicherungen sind schon der Institutional Investors Group on Climate Change (IIGCC) beigetreten. Gemeinsam machen sie sich mit Lobbyarbeit, Studien und Veranstaltungen für den Klimaschutz stark - wollen Politik, Unternehmen und Anleger dafür gewinnen, den
15 Klimawandel stärker zum Beispiel in ihren Strategien zu berücksichtigen. Auch Blackrock ist Teil der Initiative. Der weltgrößte Vermögensverwalter erhebt regelmäßig in der Öffentlichkeit die Stimme für mehr Klimaschutz.

Tatsächlich ist Blackrock wie kein zweiter Investor aber bei Unternehmen engagiert,
20 die noch immer neue Kohlekraftwerke bauen oder planen - und hilft damit indirekt mit, das Klimaschutzabkommen zu unterlaufen. Auch viele andere Mitglieder der IIGCC halten noch immer im großen Stil Aktien und Anleihen von Kohlekonzernen, die dem Klimaschutz zum Trotz neue Projekte verfolgen - darunter auch die Allianz. Das geht aus einer aktuellen Analyse hervor, die mehrere internationale
25 Umweltorganisationen in Auftrag gegeben haben, und die dem Handelsblatt exklusiv vorliegt. Maßgeblich daran beteiligt war die deutsche Umweltschutzorganisation Urgewald.

Danach sind bei den 120 wichtigsten Unternehmen, die aktuell neue Kohlekraftwerke
30 planen oder bauen, 1 455 institutionelle Investoren wie Pensionsfonds, Vermögensverwalter oder Versicherungen engagiert. Sie halten Aktien oder Anleihen in einem Volumen von 140 Milliarden Dollar. Blackrock steht dabei mit 11,5 Milliarden Dollar an der Spitze. Der Vermögensverwalter hält Aktien und Bonds von
35 52 der 120 identifizierten Kohlekraftwerksentwicklern. Auf Platz zwei steht Japans staatlicher Pensionsfonds, der sieben Milliarden Dollar investiert hat, gefolgt von dem US-Investmentmanager Vanguard mit 5,7 Milliarden Dollar. Auf Position 23 ist der deutsche Allianz-Konzern gelistet, der an 40 der Kohlekraftwerksentwicklern beteiligt ist. Die Allianz ist dort mit Aktien oder Bonds im Volumen von 1,3 Milliarden Dollar investiert. „Es ist heuchlerisch und beschämend, vor dem Klimawandel zu warnen und
40 gleichzeitig massiv in Kohlekraftwerksentwickler zu investieren“, sagt die Direktorin von Urgewald, Heffa Schücking. Der Zeitpunkt der Studie ist bewusst gewählt. Am Montag findet in Paris der Climate Finance Day 2017 statt, bei dem die Fortschritte im Finanzsektor seit der Weltklimakonferenz in Paris diskutiert werden.

45 Trotz des Klimaabkommens von Paris, mit dem die Klimaerwärmung endlich eingedämmt werden soll, sind weltweit 1 600 neue Kohlekraftwerke in Planung oder Bau. Gehen sie ans Netz, dürfte das Ziel, die Klimaerwärmung auf 1,5 Grad zu begrenzen, deutlich verfehlt werden. Bill Hare, Chef des Forschungsinstituts Climate

50 Analytics, rechnet damit, dass die zusätzlichen CO₂ - Emissionen der neuen
Kohlekraftwerke den Temperaturanstieg sogar um vier Grad nach oben treiben
könnten.

Urgewald hatte im Sommer gemeinsam mit internationalen Partnerorganisationen
zunächst in einer umfassenden Datenbank die Projekte der wichtigsten 120 Entwickler
55 von Kohlekraftwerken zusammengetragen. Allein diese Konzerne haben Kraftwerke
mit einer Kapazität von gut 550 000 Megawatt in der Pipeline. Das entspricht mehr als
einem Viertel der 1,9 Millionen Megawatt, die aktuell in Betrieb sind. Jetzt haben die
Klimaschützer die Investoren der 120 Konzerne analysieren lassen. Das Analysehaus
Profundo hat dafür unter anderem Datenbanken wie Bloomberg und Geschäftsberichte
60 untersucht. Die Ergebnisse geben nur gemeldete Investitionen wieder. Die
tatsächlichen Engagements könnten noch größer sein.

Die Klimaschützer nehmen sich die Financiers vor, weil sie so hoffen, Einfluss auf die
Kohlekonzerne ausüben zu können. Tatsächlich ist das Bewusstsein in der
65 Finanzbranche für das Thema Klimaschutz deutlich gestiegen. Immer mehr Investoren
haben angekündigt, ihr Engagement in Kohlekonzernen zumindest zu reduzieren,
auch aus finanziellen Gründen. Ein hoher Ausstoß von CO₂ wird von Managern wie
Blackrock-Chef Larry Fink als langfristiges Risiko in den Firmen angesehen. Die DZ
Bank gab erst vor einem Monat bekannt, keine Kohlekraftwerke mehr zu finanzieren.
70 Die US-Großbank JP Morgan Chase will immerhin in Industrieländern keine
Kohleprojekte mehr finanzieren. In Entwicklungsländern verhält sich die Bank aber
nicht so strikt. Dort will sie lediglich darauf achten, dass die von ihr finanzierten
Kohlekraftwerke den neuesten technischen Anforderungen entsprechen.

75 Auch die Allianz bekennt sich eigentlich zum Klimaschutz. Zur Klimakonferenz in
Paris gab der Versicherungskonzern bekannt, dass er künftig „die Finanzierung von
kohlebasierten Geschäftsmodellen für die Investition der Eigengelder ausschließt“.
Seither stößt die Allianz Aktien und Anleihen von Kohlekonzernen ab. Allerdings hat
der Konzern dabei eine Grenze definiert. Geächtet werden nur Unternehmen, bei
80 denen der Anteil der Kohleaktivitäten am Umsatz oder der Stromerzeugung über 30
Prozent liegt. Und bei Investitionen im Auftrag von Kunden sieht es ohnehin anders
aus. Die Allianz ist deshalb an 40 der 120 betrachteten Unternehmen beteiligt. Nach
den Recherchen der Umweltschützern sind das große Energiekonzerne wie RWE,
Uniper oder CEZ aus Tschechien. Darunter sind aber auch Mischkonzerne, bei denen
85 ihr Engagement in der Kohlebranche auf den ersten Blick gar nicht offensichtlich ist -
beispielsweise das japanische Handelshaus Marubeni.

Der Versicherer nimmt die Kritik ernst. Man verfolge die Ergebnisse von Urgewald.
„Wir sind in direktem Austausch“, heißt es. Bei eigenen Anlagen sei man bereits aus
90 Kohleinvestments ausgestiegen, in der Industrieversicherung und bei der Anlage für
Kundengelder aber nicht. „Hier lässt es die Realität noch nicht zu“, erklärte eine
Sprecherin. Bei Anlagen für Kunden folge man deren Wünschen und investiere auf
Weisung weiter. Eventuell gebe es aber schon 2018 Veränderungen. Dann könnte im
Industriebereich das Neugeschäft mit Kohlekraftwerken eingestellt werden, heißt es in
95 der Branche.

Auch Blackrock verweist vor allem auf die Wünsche der Kunden. „Wir haben die treuhänderische Verpflichtung, in die Märkte zu investieren, die unsere Kunden wählen - und zwar gegen bestimmte Benchmarks“, erklärte ein Sprecher. „Als weltgrößter Indexfonds-Anbieter sind zudem viele unserer Positionen fest vorgegeben. Das heißt, wir halten Beteiligungen an Unternehmen, da sie in den Indizes enthalten sind, die unsere Produkte abbilden.“ Das steht in einem gewissen Widerspruch zum öffentlichen Engagement für mehr Klimaschutz. Anfang des Jahres hatte sich Blackrock für 2017 und 2018 neue Prioritäten für Gespräche mit den Managements von Unternehmen gesetzt, an denen der Verwalter beteiligt ist, die Debatte über Klimarisiken gehörte dazu. Und auch Larry Fink appelliert in seinem jährlichen Rundschreiben an die CEOs für nachhaltiges Wirtschaften.

Der Sprecher verwies darauf, dass Blackrock bewusst „eine Vielzahl von nachhaltigen und kohlenstoffarmen Portfolios“ anbiete. In diesen Produkten hätten Kunden ihnen gut 200 Milliarden Dollar anvertraut. Er betonte, dass Blackrocks Investments in den 52 Kohlefirmen gemessen am gesamten Anlagevolumen gering seien und rund zwei Drittel der Gelder in Indexfonds lägen. Tatsächlich macht das Investment nur 0,2 Prozent der Anlagen aus. Allein die 52 Firmen haben allerdings neue Kohlekraftwerke mit 340 000 Megawatt geplant. Das entspricht den gesamten Kapazitäten von Indien, Russland, Japan und Südkorea.

An den Pranger stellen die Klimaschützer aber nicht nur die institutionellen Investoren. In einer parallelen Studie, die ebenfalls am Montag vorgestellt wird, hat eine Partnerorganisation von Urgewald, Banktrack, auch die Kreditfinanzierung der Kohlekonzerne untersucht. Danach haben die 120 größten Kraftwerksentwickler allein seit der Weltklimakonferenz von Paris Kredite und Anleihen über 275 Milliarden Dollar erhalten.

Quelle: Flauger, J./Landgraf, R./Schnell, C., Handelsblatt, Nr.238, 11.12.2017, 28

Umstrittene Investments

Die größten Investoren in Entwickler von Kohlekraftwerken

Rang	Investor	Land	Wert der Anlage ¹ in Mrd. US\$	Zahl der Investments ²
1	BlackRock	USA	11,5	52
2	Government Pension Inv. Fund	Japan	7,0	32
3	Vanguard	USA	5,7	53
4	Khazanah Nasional	Malaysia	5,5	1
5	National Pension Service	Südkorea	4,2	3
6	Life Insurance Corp. of India	Indien	3,8	6
7	Capital Group	USA	3,4	13
8	Butterfield Group	Bermuda	3,3	1
9	Employees Provident Fund	Malaysia	2,4	1
10	Mizuho Financial	Japan	2,1	26
11	Yayasan Pelaburan Bumiputra	Malaysia	2,0	1
12	Dimensional Fund Advisors	USA	1,8	45
13	JPMorgan Chase	USA	1,8	42
15	Fidelity Investments	USA	1,7	39
17	Citigroup	USA	1,5	3
22	Norwegian Gov. Pension Fund	Norwegen	1,3	21
23	Allianz	Deutschland	1,3	40
32	AXA	Frankreich	0,9	38
33	UBS	Schweiz	0,9	47
38	Nomura	Japan	0,8	39
46	Pictet	Schweiz	0,7	39
48	Deutsche Bank	Deutschland	0,7	45

1) Wert der Aktien und Anleihen, die gehalten werden;
2) Zahl der Kohlekonzerne aus den 120 größten Projektierern, an denen Investoren beteiligt sind

HANDELSBLATT // Quellen: Urgewald, Profundo

Handelsblatt Nr. 238 vom 11.12.2017

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten.

Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Energiekonzern: Innogy senkt die Prognose - und schockt die Anleger

Die RWE-Tochter leidet unter dem schwachen Geschäft in Großbritannien.

5 Es war auf den ersten Blick nur eine kleine Korrektur, bei den Anlegern war die
Enttäuschung aber riesengroß. Energiekonzern Innogy senkte am frühen
Mittwochnachmittag die Prognose für 2017 leicht ab, gab einen verhaltenen Ausblick
für 2018 - und schickte damit die Aktie um zwischenzeitlich rund 13 Prozent ins
10 Minus. Im Sog der Innogy-Aktie brach auch der Kurs des Mutterkonzerns RWE, der
noch immer 77 Prozent der Aktien hält, um elf Prozent ein.

Innogy hatte die Erwartungen für das laufende Jahr nach einer Sitzung des
Aufsichtsrats angepasst. Für 2017 rechnet das Unternehmen beim Ergebnis vor Zinsen
und Steuern (Ebit) jetzt noch mit 2,8 Milliarden Euro, das sind 100 Millionen Euro
15 weniger als bisher.

Entscheidend für den Kurssturz dürfte aber der Ausblick für das kommende Jahr
gewesen sein, den Innogy parallel abgab: Für 2018 rechnet die RWE-Tochter mit
einem weiteren Rückgang um 100 Millionen auf 2,7 Milliarden Euro. Auch das um
20 Sondereffekte bereinigte Nettoergebnis wird dann vermutlich um 100 Millionen auf
1,1 Milliarden Euro sinken. Daran bemisst Innogy die Dividende.

Damit werden die Ergebnisse des Unternehmens auch im dritten Jahr seit der
Gründung stagnieren. RWE hatte Innogy im Frühjahr 2016 gegründet und im Oktober
25 an die Börse gebracht. Das neue Unternehmen übernahm das Geschäft mit der
Energiewende und soll sich mit den Sparten Erneuerbare Energien, Vertrieb und Netz
eigentlich neue Wachstumschancen erschließen.

„Der Kursrutsch von Innogy liegt vor allem daran, dass der Ausblick für 2018 deutlich
30 unter den Markterwartungen liegt“, sagte Analyst Arash Roshan Zamir von Warburg
Research: „Investoren sind davon ausgegangen, dass das Nettoergebnis steigen wird -
das ist jetzt aber nicht der Fall.“ Eine Gewinnwarnung so kurz vor Jahresende komme
im Markt gar nicht gut an, sagte Ingo Becker von Kepler Cheuvreux. Investoren seien
aktuell sehr nervös. „Die Aktie von Innogy war aber aus meiner Sicht ohnehin
35 überbewertet“, fügte er hinzu.

Konzernchef Peter Terium versucht zu beruhigen. Er verweist auf die Investitionen,
die Innogy im kommenden Jahr geplant hat. Im Vergleich zum laufenden Jahr sollen
diese um mindestens 25 Prozent auf mehr als drei Milliarden Euro steigen. Das
40 Unternehmen plant höhere Ausgaben für Zukunftsprojekte wie Digitalisierung sowie
zukunftsfrüchtige Geschäftsfelder wie Elektromobilität, erneuerbare Energien und
Breitband. „Hohe Wachstumsambitionen haben kurzfristig ihren Preis, zahlen sich
aber langfristig aus“, sagte Terium: „Auch wenn das kurzfristig unser Ergebnis
belastet, bin ich überzeugt: Das ist die richtige Strategie, um Innogy für die Zukunft
45 optimal aufzustellen.“

Allerdings hat der Energiekonzern auch ein handfestes Problem: die britische Vertriebstochter N-Power. Innogy verwies bei der Korrektur der Prognose auch auf das „anhaltend schwierige Marktumfeld im britischen Vertriebsgeschäft“. Die eingeleiteten Maßnahmen zur Restrukturierung reichten nicht aus, um negative
50 Markteffekte auszugleichen.

Die Tochter bereitet schon seit Jahren Probleme. Zuerst hatte das Unternehmen durch Missmanagement Hunderttausende Kunden verprellt. N-Power hatte veraltete IT eingesetzt und Fehler bei der Abrechnung gemacht. Dann wurde der Sanierungskurs
55 durch den harten Wettbewerb und die scharfe Regulierung auf dem britischen Markt erschwert.

Neuanfang in England Terium hatte vor kurzem die Reißleine gezogen und eine Fusion der britischen Tochter mit den Vertriebsaktivitäten des Konkurrenten SSE angekündigt. Es soll ein komplett neuer Versorger entstehen, der an der Börse gelistet
60 sein wird und von dem sich Innogy mittelfristig komplett trennen dürfte.

Warum die Aktie aber so heftig reagierte, können Analysten auch nicht erklären. „Die Situation ist weniger dramatisch, als es scheint“, sagte Analyst Roshan Zamir. Ihn
65 überzeugt Teriums Argument, dass das Management mit den Investitionen bewusst ein geringeres Ergebnis in Kauf nimmt, „um in die Zukunft zu investieren“. Für Holger Fechner von der NordLB ist die Marktreaktion „völlig übertrieben“: „Eine rationale Erklärung für diese drastische Kursanpassung gibt es aus meiner Sicht nicht.“

70 RWE gab am Mittwoch Entwarnung. Der Mutterkonzern von Innogy bestätigte die Prognose für 2017 und hält an den für die kommenden Jahre versprochenen Dividenden fest.

75 *Quelle: Flauger, J./Hubik, F., Handelsblatt, Nr.241, 14.12.2017, 16*

Schiedsgerichtverfahren: Teurer Atomausstieg

Die Forderungen von Vattenfall wegen des Atomausstiegs summieren sich mittlerweile auf 5,7 Milliarden Euro.

5 Das vom schwedischen Vattenfall-Konzern angestrengte Schiedsgerichtsverfahren wegen des Atomausstiegs könnte sich für die Bundesrepublik zu einem Fass ohne Boden entwickeln. Neuesten Angaben zufolge beläuft sich die Forderung des
10 Unternehmens inklusive Prozesszinsen mittlerweile auf 5,7 Milliarden Euro. Der Betrag übersteigt die Ursprungsforderung um mehr als eine Milliarde Euro. Das geht aus der Antwort des Bundeswirtschaftsministeriums auf eine Anfrage der Grünen hervor, die dem Handelsblatt vorliegt. Vattenfall hatte die Klage vor dem
15 Internationalen Zentrum zur Beilegung von Investitionsstreitigkeiten (ICSID) in Washington nach dem Atomausstieg im Frühjahr 2011 erhoben. Mit der Entscheidung der Bundesregierung waren die beiden Vattenfall-Reaktoren Krümmel und
20 Brunsbüttel abgeschaltet worden. Als ausländischer Konzern können sich die Schweden - im Gegensatz zu den anderen Kernkraftwerksbetreibern in Deutschland - auf die Investitionsschutzregeln des internationalen Energiecharta-Vertrags berufen. Der Vertrag schützt ausländische Investoren in den Unterzeichnerländern vor
Eingriffen in Eigentumsrechte.

Aus Sicht von Vattenfall hat die Bundesregierung mit ihren Beschlüssen zum Ausstieg aus der Kernkraft Vermögenswerte vernichtet. Im Vertrauen auf die
25 Laufzeitverlängerung von Ende 2010 habe man in die beiden Reaktoren investiert. Mit den Beschlüssen von 2011 seien diese Investitionen wertlos geworden. Vattenfall hat mit dem Schiedsgericht gute Erfahrungen gemacht: 2009 verklagte das Unternehmen die Bundesrepublik wegen der Verschärfung von Auflagen für sein Kohlekraftwerk in
30 Moorbürg auf Schadensersatz von 1,4 Milliarden Euro. 2010 legten beide Seiten den Streit bei, ohne das Verfahren zu Ende zu bringen. Über die Höhe der Zahlung der Bundesrepublik an Vattenfall wurde Stillschweigen vereinbart. Insider sagen, Vattenfall könne das Ergebnis als „vollen Erfolg“ verbuchen.

Ob es im Verfahren um den Atomausstieg für Vattenfall ebenfalls so gut läuft, ist
35 völlig offen. Die Bundesregierung bestreitet die Zulässigkeit und Begründetheit der Klage. Sie hält die Zinsforderungen sowie den Ersatz von Rechtsverfolgungskosten, die Vattenfall mit 26 Millionen Euro beziffert, für unbegründet. Sollte das
40 Schiedsgericht im Sinne Vattenfalls urteilen, gäbe es einen Nutznießer. Ein von den Klägern mit 1,8 Milliarden Euro bezifferter Anteil der Schadensersatzforderung ginge an Eon. Das deutsche Unternehmen war Juniorpartner beim Betrieb von Krümmel und
45 Brunsbüttel. Eon könnte quasi als Trittbrettfahrer von der Klage profitieren. „Die Klage an sich ist schon unverfroren, doch Eon setzt dem Ganzen die Krone auf“, sagte Grünen-Atomexpertin Sylvia Kotting-Uhl. Eon missbrauche ein ausländischen Investoren zustehendes Rechtsinstrument, sagte sie. Auch das Gebaren von Vattenfall kritisiert sie. Jeder Atomkonzern habe seit den 70er-Jahren gewusst, dass die
Geschäftsgrundlage von einem Tag auf den anderen verloren gehen könne, wenn der
Gesetzgeber das Risiko neu bewerte.

Quelle: Stratmann, K., Handelsblatt, Nr.242, 15.12.2017, 13

Henrik Poulsen: „Es war eine riesige strategische Wette“

5 *Der Ørsted-Chef über Subventionen, Fehler bei der Energiewende und den radikalen Wandel seines Konzerns vom dänischen Ölriesen zum Weltmarktführer bei Off-Shore-Windenergie.*

Es nieselt. Der Wind bläst kräftig. Und selbst tagsüber ist es im Norden Kopenhagens erschauernd dunkel. Wetterverhältnisse, die andere einer Depression nahebringen, lassen Henrik Poulsen strahlen. Für den Chef des Energiekonzerns Ørsted (8,2
10 Milliarden Euro Umsatz, 5 600 Mitarbeiter) könnte die winterliche Witterung kaum besser sein. Denn die Windräder seines Unternehmens arbeiten jetzt auf Hochtouren. Poulsen hat Dänemarks größten Öl- und Gaskonzern Dong zur globalen Nummer eins bei Windenergie auf hoher See gewandelt. Um die Transformation zu vollenden, verpasste sich der Konzern in Anlehnung an den dänischen Wissenschaftler und
15 Mitbegründer der Elektrizitätslehre, Hans Christian Ørsted, im November sogar einen neuen Namen. Wie funktioniert solch ein drastischer Umbau? Für die Antwort bittet Poulsen in sein schnörkelloses Büro. Milchglaswände, offene Fensterfront, kühle Farben. Er selbst vollendet das reduzierte Design: drahtig, glatt rasiert, leicht gescheiteltes Haar, schnittiger Anzug.

20

Herr Poulsen, war der Namenswechsel von Dong zu Ørsted wirklich nötig?
Die kurze Antwort lautet: Ja.

Und die ausführliche Antwort?

25 Wir wollten ein klares Signal nach außen senden, dass unsere Transformation vom schwarzen Gold zu grüner Energie fast abgeschlossen ist. Dong war eine Abkürzung für „Danish Oil and Natural Gas“. Wir haben uns Ende September aber von unserer Öl- und Gasproduktion getrennt. 84 Prozent der Assets in unserer Bilanz machen
30 heute Off-Shore-Windparks aus. Die DNA dieses Konzerns ist grün. Dong passt da als Name einfach nicht mehr. Gleichzeitig sorgte der Name im englischen Sprachraum oft für Irritationen ...

... als „Dong“ wird im Englischen umgangssprachlich das „beste Stück“ des Mannes bezeichnet.

35 Wir hatten aufgrund der möglichen Interpretation unseres Namens zwar einige lustige Momente - die Briten haben das immer mit Humor genommen. Als wir vor eineinhalb Jahren in die USA gegangen sind, haben wir aber gemerkt, dass unsere amerikanischen Partner und Investoren darauf negativ reagieren. Auch deswegen haben wir jetzt einen anderen Namen.

40

Sie haben nicht nur Ihren Namen geändert und Ihr Öl- und Gasgeschäft verkauft, sondern wollen auch komplett aus der Kohleverstromung aussteigen. Hat der dänische Staat, der 50 Prozent der Anteile an Ørsted hält, diesen Wandel angeordnet?
Nein, der dänische Staat hat sich nie in unsere strategischen Entscheidungen
45 eingemischt. Das war vielmehr eine ökonomische Entscheidung.

Inwiefern?

Die mögliche Wertsteigerung bei fossilen Energien ist aus unserer Sicht nicht mehr wirklich attraktiv. Wenn Sie Risiko und Ertrag bei Kohle, Öl und Gas ins Verhältnis
50 setzen und das Gleiche dann bei Erneuerbaren machen, merken Sie: Finanziell ist man bei Off-Shore-Windenergie deutlich besser dran. Wir verfolgen diese grüne Vision in unserem Unternehmen schon seit vielen Jahren. Denn schon vor dem Verfall der Ölpreise im Jahr 2014 kämpfte die Öl- und Gasindustrie mit strukturellen Problemen. Obwohl immer mehr Geld in die Exploration und die Suche nach Reserven gesteckt
55 wurde, sank die Anzahl neuer Förderquellen beständig.

*Ihr Unternehmen produziert etwa die Hälfte der Elektrizität in Dänemark. Gleichzeitig sind die Strompreise für Haushaltskunden in den vergangenen Jahren explodiert. Haben Sie die Transformation von Dong zu Ørsted auf dem Rücken der
60 Verbraucher umgesetzt?*

Nein, auf gar keinen Fall. Der Strompreis für die dänischen Haushalte setzt sich zu 80 Prozent aus Steuern und Abgaben zusammen. Die gestiegenen Preise haben nichts mit den Kosten für die Elektrizitätsgewinnung zu tun. Im Gegenteil: Betrachtet man nur die Effizienz in der Stromproduktion, liegen wir im europäischen Durchschnitt. Der
65 Preisanstieg für Haushalte resultiert vielmehr daher, dass der dänische Staat in der Besteuerung von Energie eine wesentliche Einnahmequelle sieht.

*Für Ihren Wandel mussten die Dänen dennoch einen hohen Preis bezahlen. Zwischen 2012 und 2016 haben Sie Hunderte Stellen gestrichen und einen Verlust von
70 zusammengerechnet mehr als 1,3 Milliarden Euro angehäuft.*

Ja, unser Unternehmen hat sich radikal gewandelt. Als wir 2013 unsere Strategie verkündet haben, sind wir parallel in zwei Richtungen marschiert. Einerseits ging es darum, jene Bereiche zu restrukturieren, mit denen wir kein Geld verdient haben, wie die konventionelle Stromerzeugung, das Gasspeichergeschäft oder die kriselnde
75 Ölexploration. Dafür haben wir unsere Geschäftseinheiten von zwölf auf drei zusammengestrichen, viele Assets verkauft und überall Kosten eingespart. Das hat zu erheblichen Abschreibungen geführt und unsere Bilanz belastet. Gleichzeitig haben wir aber fast zwei Milliarden Euro pro Jahr in die Expansion von Off-Shore-Windenergie gesteckt ...
80

... eine riskante Strategie. Off-Shore-Windanlagen galten damals als Subventionsruinen.

Es war eine riesige strategische Wette. Wir haben alles auf eine Karte gesetzt und sind bei Off-Shore-Windenergie „all-in“ gegangen. Das hat sich ausgezahlt. Der Ertrag auf
85 unser investiertes Kapital hat sich von sechs auf 50 Prozent erhöht, wir haben unser operatives Ergebnis verdoppelt und den Anteil der Erneuerbaren in unserer Bilanz in zehn Jahren von 16 auf 84 Prozent gesteigert.

Wann wird Ørsted zu hundert Prozent grün sein?
90 2023.

Da werden Sie aber immer noch Zehntausende Kunden mit Gas beliefern.

Das stimmt, wir werden an unsere Kunden weiter auch Erdgas liefern. Wir sind in Dänemark der größte Energiekonzern und müssen auch unsere Rolle wahrnehmen, die

95 Versorgungssicherheit des Landes weiter zu gewährleisten. Unser Anspruch, bis 2023
völlig emissionsfrei zu sein, bezieht sich aber auf die Energieproduktion. Und das
werden wir schaffen. Von unseren sieben großen konventionellen Kraftwerken haben
wir fünf bereits auf nachhaltige Biomasse umgerüstet, und die zwei anderen folgen
noch.

100

*Beinahe jeder Ölkonzern investiert heute auch in Erneuerbare und bekennt sich zum
Klimaabkommen von Paris. Ist die Transformation von Ørsted eine Blaupause für die
fossile Energieindustrie?*

Ich wäre vorsichtig zu sagen, dass sich unser Modell eins zu eins auf die ganze
105 Industrie übertragen lässt.

Geht von Ihnen wirklich keine Vorbildwirkung aus?

Doch, das schon. Ich glaube, dass unser Weg ganz klar die Richtung vorzeigt, in die
sich der Energiesektor insgesamt entwickelt. Die meisten Energieversorger verlagern
110 ihren Fokus weg von der konventionellen Erzeugung hin zu Erneuerbaren, Netzen und
dem Kundengeschäft. Wir sehen das in ganz Europa: bei Eon und Innogy in
Deutschland, bei SSE und Centrica in Großbritannien genauso wie bei Iberdrola in
Spanien, Enel in Italien oder Vattenfall in Schweden.

115 *Und die Ölkonzerne - stirbt deren altes Geschäftsmodell?*

Wir werden Öl und Gas noch über viele Jahre benötigen, in der Energieerzeugung, in
der Petrochemie und im Mobilitätssektor. Gleichzeitig steuern wir aber auf eine Welt
zu, die irgendwann ausschließlich mit grünen Energien angetrieben wird. Jedes
Unternehmen auf der Welt muss sich langfristig überlegen, was diese Entwicklung für
120 sein Geschäftsmodell bedeutet - gerade die Ölkonzerne.

*Sie wollen in Deutschland ab 2024 die ersten Off-Shore-Windparks bauen, die ohne
Subventionen auskommen. Werden Sie mit diesen Parks wirklich Geld verdienen
können?*

125 Ja, wir glauben, dass wir mit diesen Projekten eine schöne Rendite erwirtschaften
können. Wir haben uns das gut überlegt und noch nie einen Meerwindpark gebaut, der
Geld verbrennt.

Werden wir dann bald nur noch Ökostromprojekte ohne Subventionen sehen?

130 Es wird einige Zeit dauern, aber langfristig muss jede grüne
Energieerzeugungstechnik den Anspruch haben, ohne Förderungen auszukommen.

*Sie argumentieren gerne, dass Off-Shore-Windenergie schon heute günstiger ist als
fossile Energie. Aber ist das wirklich eine faire Kalkulation? Die*

135 *Windstromerzeugung schwankt mit dem Wetter, grüne Energie ist nicht immer
verfügbar ...*

Es stimmt: Solange Speicher nicht das Volatilitätsproblem der Erneuerbaren lösen,
brauchen wir Grundlastkraftwerke, die beispielsweise mit Erdgas befeuert werden.
Und die kosten natürlich auch Geld. Gleichzeitig zahlen all jene, die fossile Energien
140 einsetzen, heute aber keinen angemessenen Preis für den Schaden, den sie damit dem
Planeten zufügen.

Wir debattieren also mit falschen Zahlen. Was ist Ihre Lösung?

145 Wenn es einen vernünftigen Preis für CO₂ gäbe, könnte man die Kosten von fossilen
Energien mit jenen der Erneuerbaren plus der nötigen Back-up-Kapazität
gegenüberstellen. Ich bin sicher: Grüner Strom ist günstiger als fossiler - und zwar mit
Abstand, das ist kein knappes Rennen mehr.

*Die deutsche Energiewende wird gerne als Vorzeigeprojekt gepriesen, dem andere
150 Nationen tunlichst folgen sollten. Was halten Sie davon?*

Zunächst muss man es der deutschen Regierung hoch anrechnen, dass sie global
Führungsstärke beim Klimawandel beweist. Das ist enorm wichtig. Zudem hat
Deutschland viel dafür getan, um Wind- und Solarenergie zum Durchbruch zu
verhelfen.

155

Aber?

Deutschland muss klare Signale senden, dass das Land weiterhin auf Erneuerbare
baut, und in eine Netzinfrastruktur investieren, die in der Lage ist, einen hohen Anteil
von Grünstrom effizient zu den Verbrauchszentren zu leiten.

160

Kann Deutschland dabei etwas von Dänemark lernen?

Fast 40 Prozent des Stroms ins Dänemark werden mit Windenergie erzeugt.
Gleichzeitig haben wir das sicherste Energieversorgungssystem in Europa. Das hat
viel mit sorgfältiger Planung bei den Stromnetzen zu tun und einer sehr engen
165 Abstimmung mit unseren Nachbarländern. Auf diesen Gebieten muss Deutschland
sicherlich noch Fortschritte machen und kann durchaus von Dänemark lernen.

Vita Henrik Poulsen

170

*Der Manager Henrik Poulsen ist seit 2012 Vorstandsvorsitzender von Ørsted.
Davor war der heute 50-Jährige vier Jahre lang Chef von TDC AS, der größten
Telefongesellschaft in Dänemark. Poulsen hat einen Masterabschluss in Finance
and Accounting und stieg über Stationen bei McKinsey, Lego und KKR in die
oberste Liga der dänischen Wirtschaft auf. Geht es um sein Privatleben, gibt
175 sich Poulsen äußerst zurückhaltend. Bekannt ist lediglich, dass der
Spitzenmanager verheiratet ist und zwei Töchter hat. In seiner Freizeit fährt
er begeistert Rennrad.*

180

*Das Unternehmen Dänemarks größter Energiekonzern wurde Anfang der 70er-Jahre
vom dänischen Staat gegründet. Über mehr als vier Jahrzehnte firmierte das
Unternehmen unter dem Namen "Dansk Olie og Naturgas". Im Herbst 2017 verkaufte
Dong aber das Öl- und Gasgeschäft für gut 936 Millionen Euro an den
Chemiekonzern Ineos. Der alte Name war damit hinfällig. Aus Dong wurde
Ørsted. Mit einem Marktanteil von 26 Prozent sind die Dänen heute die weltweite
185 Nummer eins bei Off-Shore-Windenergie.*

Quelle: Hubik, F., Handelsblatt, Nr.242, 15.12.2017, 26